

CETA: Analyse des Leitanspruchs zum SPD-Parteikonvent am 19.9.2016

(links der Antragstext in der Fassung der Antragskommission vom 7.9.2016 – Änderungen der Kommission gegenüber der vom Parteivorstand am 5.9.2016 beschlossenen Fassung sind mit einer doppelten Unterstreichung kenntlich gemacht – rechts Anmerkungen von foodwatch)

1 Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 5. September

2 3 4 5 6 **Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln**

7 8 9 **I. Unser Ziel – Fortschritte für Wohlstand und gerechten Handel**

10 Globalisierung braucht faire Regeln. Für die SPD ist klar: Wir wollen den globalen Handel
11 gerecht gestalten und den Primat der Politik gegenüber den ungezügelten Marktkräften
12 durchsetzen. Das ist unser politischer Anspruch. Im nationalen Rahmen ist es der
13 Sozialdemokratie im vergangenen Jahrhundert weitgehend gelungen, den Kapitalismus
14 einzuhegen und sozial gerechten Regeln zu unterwerfen. Für den globalen Kapitalismus
15 steht dieser Prozess noch aus. Die Bemühungen in der Tradition des Nord-Süd-Dialogs
16 unter Willy Brandt müssen deshalb noch entschiedener als in der Vergangenheit und mit
17 allen Teilen der Welt für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit vorangetrieben werden. Die
18 berechnete Kritik an der bisherigen Art und Weise muss sich nicht nur in internationalen
19 Erklärungen wiederfinden, sondern endlich zu einer Veränderung der Politik führen: Eine
20 andere, gerechtere Welt ist möglich.

21
22
23 Wir wissen: Fortschritte für einen gerechten Welthandel und mehr Wohlstand für alle sind in
24 der komplexen Welt von heute nicht leicht zu erreichen. Internationale Kooperation ist dafür
25 unverzichtbar. In besonderer Weise wird es auf die gemeinsame politische und
26 wirtschaftliche Kraft der Europäischen Union ankommen, um unsere Vorstellungen, Werte
27 und Standards gegenüber anderen Regionen der Welt zu behaupten und in der globalen
28 Wirtschaftsordnung der Zukunft möglichst weitgehend zu verankern. Das gilt nach der
29 Entscheidung über den BREXIT umso mehr.

30
31 Eine in der Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik handlungsfähige EU ist deshalb
32 unerlässlich. Nur Schritt für Schritt und im Zusammenspiel mit weiteren, uns nahestehenden
33 Partnern kann es überhaupt gelingen, Fortschritte in einer Welt zu erreichen, in der andere
34 Staaten und Regionen teils aggressiv auf eigene Wettbewerbsvorteile und nationale
35 Interessen bedacht sind.

36
37 Eben weil viel auf dem Spiel steht, darf Europa nicht abseits stehen, wenn die Standards und
38 Regeln der Zukunft ausgehandelt werden. Der beste, weil multilaterale Rahmen für diese
39 Verhandlungen, ist ohne Zweifel die Welthandelsorganisation (WTO), die allerdings derzeit
40 weitgehend blockiert und handlungsunfähig ist. Wir werden alles daran setzen, diese
41 Blockade gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit zu überwinden.
42 Angesichts dieser Blockade sind bilaterale Handelsabkommen mit wichtigen Partnern zu
43 einer immer stärker genutzten Alternative geworden. Diese bilateralen Handelsabkommen
44 sind zum Teil von schlechter Qualität, fehlender sozialer Verantwortung und keiner
45 ernsthaften ökologischen Nachhaltigkeit gekennzeichnet. Je mehr sich diese Art
46 Handelsabkommen durchsetzen - z.B. das US-Abkommen mit Pazifikstaaten (TPP) - umso
47 größer wird die Gefahr einer Verfestigung dieser Mängel. Sozialdemokratinnen und

Grundsätzlich gilt: CETA ist ausverhandelt. Die SPD-Spitze fordert trotzdem eine ganze Reihe von substantiellen Änderungen und Ergänzungen zum CETA-Vertrag. Deren Durchsetzung liegen weit außerhalb ihres Einflussbereiches. Denn damit die Korrekturen (wie gefordert) „rechtsverbindlich“ sein können, müssen alle Beteiligten zustimmen: Ministerrat (d.h. die Regierungen aller EU-Staaten), das EU-Parlament sowie Kanada. Als „wenig erfolgversprechend“ bezeichnet Prof. Dr. Wolfgang Weiß dieses Unterfangen daher in einem Gutachten für foodwatch. (Quelle: www.tinyurl.com/gutachten-weiss)

Es gibt mehrere Zeitpunkte, zu denen rechtsverbindliche Änderungen erfolgen könnten. Um Korrekturen konsequenterweise noch vor der (vorläufigen) Anwendung von CETA durchzusetzen, müssten sie vor der Unterzeichnung des Vertrags erfolgen, also noch bevor der Ministerrat die vorläufige Anwendung beschließt (nach derzeitigem Stand schon im Oktober). Dazu wären Nachverhandlungen mit allen Beteiligten erforderlich. Die SPD-Spitze verzichtet darauf, dies zur Bedingung zu machen und will CETA zunächst mit den erkannten Schwachpunkten beschließen.

Vielmehr suggeriert die SPD-Spitze, dass substantielle Korrekturen im Ratifizierungsprozess erreicht werden können. Dieser Prozess wird jedoch voraussichtlich Jahre in Anspruch nehmen. In der Zwischenzeit wird CETA bereits mit allen Folgen vorläufig angewandt. Zudem bräuchte die SPD für diese Korrekturen erst einmal eine Mehrheit im jeweiligen Parlament und später die Zustimmung aller anderen Beteiligten. Die SPD-Spitze erhofft sich also die Zustimmung der Parteibasis zu einem überarbeitungswürdigen Abkommen, ohne dass sie auch nur vage in Aussicht stellen (geschweige denn garantieren) kann, dass die so dringend geforderten Korrekturen durchgesetzt werden können.

48 Sozialdemokraten müssen deshalb ein Interesse daran haben, bessere Handelsabkommen
49 zu schließen, um die Standards im internationalen Handel nach oben und nicht nach unten
50 zu entwickeln. Europa muss dabei eine Vorbildrolle einnehmen, um gute, fortschrittliche und
51 faire Handelsbeziehungen einzugehen.

52
53 Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Organisationen bringen sich in die Diskussion über die
54 zukünftige EU-Handelspolitik ein. Ihr öffentliches Engagement ist ein Statement für einen
55 fairen Handel. Dies teilt die SPD. Handel heute muss in der Tat frei und fair zugleich sein.
56 Freihandel ist nicht automatisch fairer Handel. Wie alle marktwirtschaftlichen Beziehungen
57 braucht er klare soziale und ökologische Regeln, die demokratisch abgesichert sind.
58 Unbegrenzte Handlungsfreiheit soll es auch im internationalen Handel nicht geben, weil das
59 nur die Starken stärker und die Schwachen schwächer machen würde. Umgekehrt gilt aber
60 auch: Ohne freien Handel ist auch Fairness nicht zu erreichen.

61
62 Nur im breiten Diskurs lassen sich gute Lösungen für einen freien UND fairen Welthandel
63 finden. Die Gestaltung von Globalisierung und von Handelsabkommen kann nur gelingen,
64 wenn es Transparenz gibt. Die bisherigen Praktiken der Intransparenz im Bereich der EU-
65 Handelspolitik müssen endgültig verschwinden.

66
67 Wir haben vor eben diesem Hintergrund in unserem Regierungsprogramm und dem
68 Koalitionsvertrag 2013 die Aufnahme von Verhandlungen über ein transatlantisches
69 Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) grundsätzlich begrüßt und unterstützt. In
70 unserem Konventsbeschluss vom September 2014 haben wir zugleich klare Kriterien und
71 Erwartungen für die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA)
72 formuliert. Der Beschluss des Bundesparteitag vom Dezember 2015 hat diese Kriterien
73 ausdrücklich bekräftigt. Sie sind der Maßstab, an dem wir die Ergebnisse der Verhandlungen
74 messen werden. Unsere grundlegende Haltung ist dabei klar: Wir sagen ja zum globalen
75 Handel - aber nur mit fortschrittlichen Regeln.

76
77

78 11 Transparenz und weiterer Dialog sind unerlässlich

79
80 Die SPD hat sich kontinuierlich auf den unterschiedlichen Ebenen der Partei mit dem
81 Freihandelsabkommen CETA befasst. Viele Gliederungen der Partei haben intensiv und
82 kontrovers beraten und ihre Auffassungen durch zahlreiche Anträge zu den SPD-Konventen
83 und Bundesparteitagen zum Ausdruck gebracht. Wir haben diese Diskussionen in
84 Beschlüssen zusammengefasst, die uns klare inhaltliche Maßgaben an die Hand geben.

85
86 Während andere Parteien einer ernsthaften Diskussion aus dem Weg gehen, führt die SPD
87 die notwendige Debatte über eine gerechte Handelspolitik offen und ausgewogen. Uns geht
88 es nicht um plakative Parolen und vorschnelle Schlussfolgerungen, sondern um eine
89 ernsthafte, wert- und faktenbasierte Auseinandersetzung und Abwägung. Dies schließt
90 sachliche Kritik ausdrücklich mit ein. Wir wissen um die teils noch immer bestehenden
91 Kritikpunkte von Teilen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften und nehmen diese sehr
92 ernst.

93

Die im September 2014 aufgestellten Kriterien und Erwartungen sind bei CETA an vielen Stellen nicht eingehalten worden. So sind die „roten Linien“ beispielsweise bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten, beim Investitionsschutz, bei der Liberalisierung von Dienstleistungen oder bei der Durchsetzung des Vorsorgeprinzips deutlich überschritten. (Quelle: www.tinyurl.com/gq7slds)

94 Die neue progressive kanadische Regierung unter der Führung von Premierminister Trudeau
 95 ist sehr interessiert daran, ein fortschrittliches Handelsabkommen zu schaffen. Die
 96 Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der kanadischen Regierung sind zwar
 97 abgeschlossen. Für die politische Beratung und Beschlussfassung über das CETA-
 98 Abkommen gilt dies allerdings ausdrücklich nicht. Die Beschlussfassung im Rat und die
 99 Ratifizierung im Europäischen Parlament und anschließend den nationalen Parlamenten
 100 stehen erst noch bevor. Wir werden dabei sicherstellen, dass es ausreichend Zeit und Raum
 101 für einen fortgesetzten, offenen und kritischen Dialog unter Einschluss der Zivilgesellschaft
 102 geben wird.

103
 104

105 111 Das CErA-Abkommen: Eine erste Bewertung

106

107 Kanada zählt zu den ältesten und engsten Partnern der Europäischen Union. Kanada ist ein
 108 wichtiger Freund und Verbündeter auf dem nordamerikanischen Kontinent, der europäischen
 109 und deutschen Interessen durch Geschichte und Selbstverständnis aufgeschlossen
 110 gegenübersteht. Die bilateralen Beziehungen wurden schon in den 1950er-Jahren
 111 aufgenommen. Deutschland und Kanada verbindet eine aktive Mitarbeit in internationalen
 112 Gremien, vor allem in Fragen der Sicherheit und Abrüstung, der Menschenrechte, bei
 113 humanitären Aktionen und bei friedenserhaltenden Maßnahmen. Auch die EU und Kanada
 114 arbeiten bei globalen Herausforderungen, z.B. in den Bereichen Umwelt, Klimawandel,
 115 Energiesicherheit und regionale Stabilität, eng zusammen.

116

117 Das 1976 zwischen der EU und Kanada geschlossene Rahmenabkommen über
 118 handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit war das erste formelle Abkommen
 119 dieser Art, das die EU mit einem Industrieland unterzeichnet hat. Die Beziehungen wurden
 120 seitdem ausgeweitet und es gibt regelmäßige Gipfeltreffen und Treffen auf allen Ebenen.
 121 Inzwischen bestehen 36 bilaterale Abkommen EU - Kanada und wir sind mit Kanada
 122 insgesamt (bilateral und multilateral) in 110 Abkommen verbunden.

123

124 Mit Blick auf das CETA-Abkommen begrüßen wir ausdrücklich, dass der
 125 sozialdemokratische Vorsitzende im Handelsausschuss des Europäischen Parlamentes,
 126 Bernd Lange, eine Synopse vorgelegt hat, die den CETA-Vertrag anhand der in den SPD-
 127 Beschlüssen formulierten Kriterien ausführlich analysiert.

128

129 Auf dieser Grundlage gelangen wir mit Blick auf die Bedingungen des SPD-Konvents-
 130 Beschlusses vom 20. September 2014 und des gleichlautenden Beschlusses des SPD-
 131 Bundesparteitages vom 8. Dezember 2015 zu folgender Bewertung bei den zentralen
 132 Punkten des Abkommens:

133

- 134 • **Einstufung als gemischtes Abkommen:** Wir haben immer die Auffassung vertreten,
 135 dass es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handelt. Daher begrüßen wir
 136 nachdrücklich, dass die EU-Kommission vor allem auf sozialdemokratischen Druck
 137 hin mittlerweile CETA als gemischtes Abkommen eingestuft hat. Damit ist klar, dass
 138 sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente, in
 139 Deutschland der Bundestag und der Bundesrat, das Abkommen beraten und

Bis der Ratifizierungsprozess abgeschlossen ist, vergehen erwartungsgemäß viele Jahre. In dieser Zeit CETA zwar formal nicht „in Kraft“, kann aber dennoch „vorläufig angewandt“ werden. D.h. alle in EU-Zuständigkeit fallenden Regelungen wären dann gültig – mit allen Konsequenzen –, bevor z.B. der Bundestag über CETA abstimmen kann. Zudem droht aus der „vorläufigen Anwendung“ ein Dauerzustand zu werden. Denn selbst wenn der Bundestag den CETA-Vertrag nicht ratifiziert, könnte das Abkommen trotzdem weiter angewandt werden. (Quelle: www.tinyurl.com/jcebd8u)

140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186

ratifizieren müssen. Das heißt im Umkehrschluss auch: Wenn ein nationales Parlament CETA ablehnt, kann es nicht in Kraft treten.

- Einsetzung eines öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshofs:** Beim Investitionsschutz haben wir uns dafür ausgesprochen und eingesetzt, dass das alte privatrechtliche ISDS-System abgeschafft wird. Auf sozialdemokratische Initiative hin ist es gelungen, den bereits ausverhandelten Vertragstext an dieser Stelle nochmals **grundlegend zu verändern** und erstmals überhaupt einen öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshof zu etablieren. Damit würden nicht nur die bisherigen Investitionsschutzbestimmungen zwischen den EU-Staaten und Kanada, die noch auf dem alten ISDS-System beruhen, abgeschafft. Der Gerichtshof bietet auch die Chance, einen völlig neuen Standard für einen modernen Investitionsschutz nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu schaffen. Die EU-Kommission hat erklärt, dass dies künftig die Grundlage für alle EU-Handelsabkommen sein wird. Das alte ISDS-System ist damit tot. CETA ist so der Startpunkt für einen Prozess, an dessen Ende die Einrichtung eines internationalen Handels- und Investitionsgerichtshofes für den globalen Handel stehen sollte - ein Ziel, zu dem sich die Vertragspartner im CETA-Abkommen ausdrücklich gemeinsam bekennen. **Im weiteren Prozess sollten unbestimmte Rechtsbegriffe vermieden werden.** Zudem soll die öffentliche Daseinsvorsorge aus dem Streitschlichtungsmechanismus herausgenommen werden.
- Neue Regeln, mehr Transparenz, verbesserte Standards:** Der neue Ansatz eines Investitionsgerichtshofs sieht u.a. **transparentere Verfahren, verbesserte Standards bei der Auswahl der Richter**, klarere Definitionen von Rechtsbegriffen und eine Berufungsmöglichkeit vor. Dies sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Es wird im weiteren parlamentarischen Verfahren genau zu prüfen sein, inwieweit insbesondere die Definitionen der unbestimmten Rechtsbegriffe tatsächlich bereits hinreichend präzise sind und ob die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidungen ausreichend gewährleistet ist. In unserem Konventsbeschluss haben wir formuliert, dass wir unklare Definitionen dieser Rechtsbegriffe ablehnen. Wir erwarten, dass die Parlamente diese Fragen, die auch von Teilen der Zivilgesellschaft vorgebracht werden, **umfassend prüfen und nötigenfalls Klarstellungen vor der Ratifizierung herbeiführen.**
- Parlamentarische Entscheidungshoheit:** Mit Blick auf die regulatorische Kooperation zur Anpassung von Normen und Standards haben wir die Erwartung formuliert, dass hierdurch der politische Gestaltungsspielraum von Parlamenten und Regierungen nicht eingeschränkt werden darf. Der CETA-Vertrag sieht eine **regulatorische Kooperation auf freiwilliger Basis und ohne bindende Wirkung auf parlamentarische Entscheidungen vor.** Er betont zudem das „right to regulate“ der Vertragsparteien, stellt also klar, dass die Entscheidungshoheit der Parlamente in vollem Umfang gesichert ist. **Bei der Arbeit des Gemischten Ausschusses ist sicherzustellen und regelmäßig auch gerade durch die Parlamente der Vertragspartner genau zu prüfen, dass die vorgesehene Kontrolle des Gemischten Ausschusses transparent erfolgt. Es muss so sichergestellt sein, dass - wie im Vertrag angelegt - die Rolle des Ausschusses auf eine**

Der Internationale Handelsgerichtshof stellt gegenüber den privaten Schiedsgerichten keine grundlegende Änderung dar. Nach wie vor soll eine Paralleljustiz exklusiv für kanadische Investoren geschaffen werden, die dort Schadenersatzklagen gegen Staaten einreichen können. Sigmar Gabriel selbst sagte im Mai 2014 noch in Bezug auf TTIP, „dass wir zwischen zwei entwickelten Demokratien und Rechtsstaaten (...) keine besonderen Investitionsschutzabkommen brauchen, die immer in Gefahr sind, die verfassungsrechtliche Grundordnung und auch die Freiheit des Gesetzgebers auf beiden Seiten der Verhandlungspartner zu beeinträchtigen“. (Quelle: www.tinyurl.com/gskruvj)

Eine Klarstellung der unklaren Passagen strebt die SPD-Spitze also NICHT vor der Unterzeichnung von CETA an – sie nimmt es damit in Kauf, dass der Vertrag mit den aus unbestimmten Rechtsbegriffen resultierenden Unwägbarkeiten zur Anwendung gebracht wird.

Tatsächlich stellt dies eine rechtsstaatliche Verbesserung gegenüber den ursprünglich geplanten privaten Schiedsgerichten dar. Dennoch bleibt es dabei: Investoren erhalten nur neue Rechte und keine neuen Pflichten. Nach wie vor können Investoren Staaten oder Kommunen durch Schadenersatzklagen von gesetzgeberischen Maßnahmen im Sinne des Allgemeinwohls abhalten.

Bis zum Abschluss der Ratifizierung werden voraussichtlich viele Jahre vergehen. Bis dahin soll CETA nach den Willen der SPD-Spitze mit den erkannten Problemen dennoch angewandt werden.

Auch wenn die regulatorische Kooperation formal freiwillig ist, kann sich die EU ihr de facto nicht entziehen. Die Regulierungsinitiativen kommen dabei nur von Exekutivbehörden, sind beeinflusst von Wirtschaftsinteressen und haben als Ziel, „unnötige“ Handelshemmnisse zu beseitigen. Die Parlamente werden dadurch geschwächt.

Eine echte Falschaussage! Dass das „right to regulate“, also die formale Gesetzgebungskompetenz, bei den Parlamenten bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Gesetzgebungsspielräume unverändert bleiben. Jedes völkerrechtliche Abkommen bindet die Gesetzgeber. Ein Gutachten von Prof. Dr. Markus Krajewski zeigt erhebliche Einschränkungen der Gestaltungsfreiheit durch CETA auf (Quelle: www.tinyurl.com/gutachten-krajewski)

187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233

umsetzende und empfehlende Funktion begrenzt bleibt, in keinem Fall darf die demokratische Gestaltungsfreiheit mittel- oder unmittelbar eingeschränkt werden.

- **Zollabbau und Marktzugang:** CETA sieht vor, dass Zölle und technische Handelshemmnisse weitreichend abgebaut werden. Europäische Unternehmen erhalten Zugang zu den kanadischen Märkten, insbesondere erstmals auch den Beschaffungsmärkten auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen Kanadas.
- **Kein Dumping-Wettbewerb:** In CETA wird ausdrücklich klargestellt, dass die Vertragspartner einen Dumping-Wettbewerb ablehnen und Handelsziele nicht dazu dienen dürfen, Schutzstandards für Arbeit oder Umwelt auszuhebeln. In CETA sind in vielen Bereichen fortschrittliche Regeln und Standards für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Umwelt, Gesundheit und für nachhaltiges Wirtschaften insgesamt vereinbart worden.
- **Schutz der Arbeitnehmerrechte:** Besonders wichtig sind uns der Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). In CETA verpflichten sich die Vertragsparteien Anstrengungen zur Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen zu unternehmen. Bei Vertragsschluss hatte Kanada zwei der insgesamt acht ILO-Kernarbeitsnormen noch nicht ratifiziert: Zum einen die ILO-Konvention 138 über das Mindestalter der Beschäftigung, zum anderen die ILO-Konvention 98 über kollektive Tarifverhandlungen. Die neue kanadische Regierung hat nunmehr aber erklärt, die beiden ausstehenden ILO Normen zügig zu ratifizieren. Am 9. Juni 2016 hat Kanada mittlerweile bereits die Konvention 138 ratifiziert. Die Ratifizierung der ILO-Konvention 98 soll folgen. Unserer Erwartung ist, dass dies zeitnah erfolgt. Insgesamt setzt die neue kanadische Regierung unter Führung von Premierminister Trudeau damit neue Schwerpunkte, die zu begrüßen sind.
- **Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards:** In unserem Konventsbeschluss haben wir die Erwartung formuliert, dass die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt sein muss, wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. Der CETA-Vertrag sieht zur Durchsetzung der im Nachhaltigkeitskapitel verankerten Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards ein dialogorientiertes Verfahren unter Einbindung der Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften und der ILO vor. Anders als in anderen Teilen des Abkommens sieht dieses Verfahren bislang keine Sanktionsmöglichkeiten vor. Allerdings verpflichten sich auch in diesem bisherigen Ansatz die Vertragsparteien dazu, die Empfehlungen des einzurichtenden "Expertenpanels" umzusetzen. Die Verbindlichkeit der Entscheidungen ist sicherzustellen. In der weiteren Beratung muss dieses Verfahren auf seine Effektivität geprüft werden. Dabei muss auch geprüft werden, [...] wie - unter Bezug auf die speziell hierfür bereits vorgesehene Revisionsklausel im CETA-Vertrag - der bestehende Durchsetzungsmechanismus perspektivisch um Sanktionsmöglichkeiten erweitert werden kann. Auch die Sicherung der hohen europäischen Verbraucherstandards muss gewährleistet sein. Das Vorsorgeprinzip ist in den

Erneut falsch: CETA gibt den demokratisch nicht legitimierten Ausschüssen eine erhebliche Machtfülle. Der Gemischte Ausschuss kann das Abkommen auslegen und sogar verändern dabei völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen treffen – ein Einfluss der Parlamente darauf ist nicht vorgesehen. Ausführlich führt dies Prof. Dr. Bernhard Kempen im Schriftsatz zur Verfassungsbeschwerde gegen CETA aus (Quelle: www.tinyurl.com/VerfassungsbeschwerdeCETA). Die „demokratische Gestaltungsfreiheit“ ist also eingeschränkt, sobald CETA vorläufig angewandt wird – ohne, dass die SPD-Spitze daran etwas ändern will.

Im Gegensatz zu anderen Zielen wie dem Investorenschutz ist die Weiterentwicklung von Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung nur unverbindlich. Demzufolge sind diesbezügliche Verabredungen auch vom Streitschlichtungsmechanismus ausgenommen.

234 europäischen Verträgen festgeschrieben. Um diese Rechtsposition zusätzlich
 235 klarzustellen, sollte das Vorsorgeprinzip nochmals ausdrücklich in Bezug auf
 236 CETA bekräftigt werden. Demnach kann nach geltendem europäischem Recht
 237 für Produkte und Lebensmittel der Marktzugang verweigert werden, wenn
 238 aufgrund einer vorläufigen wissenschaftlichen Risikobewertung begründeter
 239 Anlass zur Besorgnis besteht, dass negative Folgen für Gesundheit von
 240 Mensch, Tier oder Umwelt eintreten könnten.

241
 242 • **Schutz der Daseinsvorsorge:** Der Schutz der Daseinsvorsorge hat für uns höchste
 243 Bedeutung und muss umfassend gewährleistet sein. Für viele
 244 Dienstleistungsbereiche und insbesondere die Daseinsvorsorge werden in CETA
 245 Vielfältige Schutzregeln formuliert: So gilt für die Daseinsvorsorge eine allgemeine
 246 Schutzregel (so genannter "public utilities"-Vorbehalt) sowie weitere weitreichende
 247 spezielle Schutzregelungen etwa für Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung,
 248 Gesundheit oder soziale Dienstleistungen. Die Bereiche der Daseinsvorsorge sind im
 249 Wesentlichen durch die Ausnahmen des so genannten Annex 1 geschützt, für den
 250 insbesondere auch keine *Ratchet (Sperrklinke)-Klauseln* oder *Standstill (Stillhalte)-*
 251 *Klauseln* gelten. Rekommunalisierungen sind demnach in diesen Bereichen weiterhin
 252 möglich.
 253

254 Allerdings findet in CETA zugleich eine so genannte Negativliste Anwendung. Das
 255 bedeutet, dass Verpflichtungen zur Marktöffnung für Dienstleistungen mit Ausnahme
 256 der ausdrücklich auf der Liste aufgeführten Dienstleistungen eingegangen werden. Im
 257 SPD-Konventsbeschluss haben wir die Auffassung formuliert, dass ein Positivkatalog
 258 besser ist und mehr Vertrauen schafft als der bisherige Ansatz der Negativlisten.
 259 Deshalb muss genau geprüft werden, wie im Detail die Negativliste und die
 260 Schutzregeln für die Daseinsvorsorge ausgestaltet sind, um auch mögliche künftige
 261 und in der aktuellen Negativliste noch nicht erfasste Entwicklungen in der öffentlichen
 262 Daseinsvorsorge vor dem Zwang zu Privatisierung und Liberalisierung zu schützen.
 263 Dies ist ein zentraler Punkt, der in den weiteren Beratungen durch begleitende
 264 Klarstellungen [...] sicherzustellen ist.
 265

266 Diese Analyse des CETA-Vertrages zeigt, dass in sehr vielen Bereichen fortschrittliche
 267 Regeln vereinbart wurden. Vor dem Hintergrund dieser Fortschritte ist es gerechtfertigt, dass
 268 der EU-Ministerrat mit Zustimmung Deutschlands den Weg für die weitere parlamentarische
 269 Beratung des CETA-Vertrages freimacht, wenn zugleich die Regelungen zum
 270 Investitionsschutz von der vorläufigen Anwendung ausgenommen sind. Es gibt allerdings wie
 271 beschrieben an einigen Stellen noch offene Punkte und Fragen, die im bevorstehenden
 272 Beratungs- und Ratifizierungsprozess weiter geprüft werden müssen. Hier [...] sind
 273 Klarstellungen und Präzisierungen erforderlich, etwa in Form von rechtlich verbindlichen,
 274 ergänzenden Erklärungen zwischen den Vertragspartnern [...]. Dies können
 275 Protokollerklärungen sein oder etwa auch Begleitvereinbarungen zwischen den
 276 Vertragspartnern, die die bereits im CETA-Vertrag vorgesehenen Revisionsklauseln
 277 inhaltlich ausfüllen. Das Europäische Parlament muss alle Optionen nutzen und sein
 278 politisches Gewicht in der Handelspolitik dafür in die Waagschale werfen.
 279

280 Durch [...] - wo nötig - [...] Klarstellungen ist in jedem Fall sicherzustellen,

Noch 2015 behauptete die SPD: „Bei den im Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) getroffenen Vereinbarungen ist dies [d.h. dass es nicht zu einer Abschwächung des Vorsorgeprinzips kommt; Anm. foodwatch] sichergestellt“ (Quelle: www.tinyurl.com/jlq4r55). Nun hat die SPD-Spitze offenbar erkannt, dass es damit nicht weit her ist. Ein Gutachten von Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll, Dr. Wybe Th. Douma und Prof. Dr. Nicolas de Sadeleer belegt, dass das Vorsorgeprinzip in CETA gerade nicht ausreichend verankert ist. Die Folge: Standards im Gesundheits- und Verbraucherschutz in Europa drohen unmittelbar abgesenkt zu werden und deren Weiterentwicklung wird deutlich erschwert. (Quelle: www.tinyurl.com/jiqmxxp)

Die öffentliche Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene ist nicht ausreichend vor privaten Wirtschaftsinteressen geschützt, das bestätigt ein Gutachten von Prof. Dr. Martin Nettesheim, das im Auftrag des Staatsministeriums von Baden-Württemberg erstellt wurde. Demnach schränkt CETA den Handlungsspielraum von Ländern und Kommunen ein, sodass die Freiheit „effiziente und kostengünstige Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen“ eingeschränkt wird. (Quelle: www.tinyurl.com/nettesheim)

Hier kommt das geplante Vorgehen der SPD-Spitze klar zum Ausdruck: Trotz aller erkannten Schwächen von CETA soll Deutschland dem Vertrag im Ministerrat zustimmen und damit den Weg zu einer vorläufigen Änderung frei machen – unter einer einzigen Bedingung: Die Regelung zum Investitionsgerichtshof darf nicht vorläufig angewandt werden (was inzwischen beinahe als Selbstverständlichkeit gilt).

Alle anderen erkannten Verbesserungserfordernisse macht die SPD-Spitze ausdrücklich nicht zur Bedingung: Es soll „geprüft“, „beraten“, „geklärt“ werden, ob es hier noch zu Korrekturen kommen kann. Die SPD-Spitze will sich also den Segen der Parteibasis für die gewünschte Zustimmung Deutschlands zu CETA im Ministerrat sichern, indem sie Nachbesserungen in Aussicht stellt, die sie vor Unterzeichnung des Vertrages aber überhaupt nicht durchsetzen will. Das sollen dann die Parlamente erreichen – mit völlig ungewissem Ausgang.

Das ist schon eine bemerkenswerte Dialektik: Die SPD-Spitze bezeichnet Veränderungen ausdrücklich als „notwendig“ – will dem Vertrag ohne diese notwendigen Veränderungen im Ministerrat aber dennoch zustimmen, um dann zu sehen, ob in einem jahrelangen Ratifizierungsprozess vielleicht eventuell doch noch irgendwie etwas zu korrigieren ist.

- 281
282 • dass beim Investitionsgerichtshof die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung
283 gesichert ist und dass die materiellen Rechtsstandards durch klare Definitionen
284 unseriöse Forderungen ausschließen;
285 • dass die 8 ILO Kernarbeitsnormen ratifiziert werden, der soziale Dialog gut ausgestaltet
286 wird, das Verfahren zur Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards wirkungsvoll
287 genug ist und wie es perspektivisch durch Sanktionsmöglichkeiten ergänzt werden kann;
288 • dass im Dienstleistungsbereich der Negativlistenansatz zu keinen unkontrollierten
289 Liberalisierungen führt und ob die vorgesehenen Schutzvorbehalte tatsächlich alle
290 Bereiche der Daseinsvorsorge ausreichend und umfassend sichern oder ggf.
291 Ergänzungen nötig sind. Dienstleistungen im Allgemeinen und allgemeinen
292 wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge) müssen hieb und stichfest gesichert sein
293 und es muss hinreichend Gestaltungsmöglichkeiten für die kommunalen Körperschaften
294 geben.

295
296 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden alles tun, um sicher zu gehen, dass
297 dieses Abkommen im Interesse der Menschen ist und wirtschaftliche Macht reguliert. Hierfür
298 erwarten wir insbesondere, dass die genannten offenen Punkte und Fragen im weiteren
299 Prozess erörtert und geklärt werden. Dies ist die Grundlage dafür, dass die Sozialdemokratie
300 abschließend im Deutschen Bundestag zustimmen kann.

301
302
303 **IV. Die Stunde der Parlamente - unsere Erwartungen an den weiteren**
304 **Ratifizierungsprozess**

305
306 Die Parlamente sind die Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger Europas. Sie
307 allein können der europäischen Handelspolitik und einem Abkommen wie CETA die
308 notwendige demokratische Legitimierung verschaffen. Der bisher vorliegende Vertragstext ist
309 das Ergebnis der Verhandlerinnen und Verhandler von EU und Kanada. Wir sagen: Jetzt
310 muss die Stunde der Parlamente kommen. Sie müssen ausführlich beraten und umfassend
311 prüfen, inwieweit CETA die Ansprüche an eine fortschrittliche Handelspolitik erfüllt,
312

313 Der Deutsche Bundestag wird bereits vor der Beratung und Entscheidung im EU-Ministerrat
314 das Abkommen **diskutieren**. Nach Beratung und einer **positiven Beschlussfassung im**
315 **Ministerrat** ist dann der Weg für die weitere parlamentarische Behandlung und Ratifizierung
316 frei, zunächst im Europäischen Parlament sowie anschließend in den nationalen
317 Parlamenten, in Deutschland dem Bundestag und dem Bundesrat. **Die Parlamente sind**
318 **dabei die Herren des Verfahrens und entscheiden abschließend. Wir handeln dabei in**
319 **enger Abstimmung mit den Gewerkschaften.**

320
321 Die SPD hat vor diesem Hintergrund folgende klare Erwartungen an den weiteren
322 parlamentarischen Beratungs- und Ratifizierungsprozess:

- 323
324 • **Wir wollen, dass der CETA-Vertrag nun zur weiteren Beratung an die Parlamente**
325 **geht. Vor allem die Beratungen im Europäischen Parlament und später in den**
326 **nationalen Parlamenten müssen dabei eine sorgfältige Prüfung sicherstellen und die**

„Diskutieren“ bedeutet offenbar, dass die SPD-Spitze eine **Abstimmung** im Deutschen Bundestag ablehnt, durch die der deutsche Vertreter im Ministerrat an ein bestimmtes Votum (Ja/Nein/Enthaltung) gebunden wäre.

Das stimmt allenfalls formal, da der Vertrag lange vor den Abstimmungen in den nationalen Parlamenten vorläufig angewandt werden und damit seine volle Wirkung mit allen Konsequenzen entfalten kann.

- 327 noch offenen Punkte aufgreifen. Wir erwarten, dass zunächst das Europäische
 328 Parlament umfassend berät und wo erforderlich Klarstellungen erwirkt.
 329
 330 • Die Beratungen in den Parlamenten müssen unter Einschluss der Zivilgesellschaft
 331 erfolgen. Angesichts der besonderen Bedeutung des CETA-Abkommens plädieren
 332 wir zudem für eine außerordentliche gemeinsame Anhörung von Vertretern des
 333 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zum CETA-Abkommen.
 334 Zudem sollen die nationalen Parlamente Stellungnahmen vor der abschließenden
 335 Beratung an das Europäische Parlament übermitteln. CETA soll neue Standards in
 336 der parlamentarischen Befassung mit Handelsabkommen und in der
 337 Zusammenarbeit des Europäischen und der nationalen Parlamente setzen. Dies soll
 338 ein positives Signal für einen starken europäischen Parlamentarismus geben.
 339
 340 • Bei gemischten Abkommen der EU entspricht es der europäischen Rechtslage und
 341 Praxis, dass nur die Teile der Abkommen, die nicht in die nationale Zuständigkeit
 342 fallen, vorläufig angewendet werden können. Allerdings darf auch dies erst erfolgen,
 343 wenn zuvor das Europäische Parlament entschieden und das Abkommen ratifiziert
 344 hat, sodass eine demokratische Legitimierung sichergestellt ist. Grundsätzlich soll
 345 mit dieser Regelung die europäische Handelspolitik handlungsfähig und kohärent
 346 bleiben. Keinesfalls dürfen die Bereiche vorläufig in Kraft treten, die nationalstaatlich
 347 zu regeln sind. Bei CETA heißt das konkret, dass eine vorläufige Anwendung der
 348 Regelung zum Investitionsschutz ausgeschlossen werden muss. Eine umfassende
 349 Anwendung und ein vollständiges Inkrafttreten des CETA-Abkommens können erst
 350 nach Abschluss der Ratifizierung im Europäischen Parlament und allen nationalen
 351 Parlamenten erfolgen.
 352
 353 • Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir uns mit allem Nachdruck
 354 für die Umsetzung der in diesem Beschluss formulierten Ziele einsetzen – auf
 355 europäischer Ebene im Europäischen Parlament und im EU-Ministerrat, im
 356 Deutschen Bundestag ebenso wie im Bundesrat. Bereits im Ministerrat werden wir
 357 die offenen Punkte und notwendigen Klarstellungen einbringen, um den weiteren
 358 Prozess der Beratung und Nachbesserung einzuleiten. Die parlamentarischen
 359 Beratungen insbesondere im Europäischen Parlament müssen dann Raum für
 360 weitere Veränderungen zulassen.
 361
 362 • Wir werden als Partei die weitere Beratung und Ratifizierung genau verfolgen und
 363 aktiv mitgestalten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Parlamenten
 364 werden alle Optionen nutzen, um sicherzustellen, dass nur ein Abkommen, das
 365 unseren klaren Kriterien entspricht, eine Chance auf Zustimmung hat.

Nicht mehr als eine Wette auf die Zukunft: Die SPD-Spitze fordert nicht mehr als eine „sorgfältige Prüfung“ der erkannten Probleme am gegenwärtigen Vertragstext, stellt hier aber keine verbindlichen Bedingungen auf.

Ein von der Bundesregierung erstelltes Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass über das Investitionskapitel hinaus auch Bestimmungen zum Verkehr oder zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen in die nationalstaatliche Kompetenz fallen. (Quelle: www.tinyurl.com/BuRegGutachten). Trotzdem fordert der SPD-Vorstand lediglich das Investitionskapitel von der „vorläufigen Anwendung“ auszunehmen.

Auch diese Formulierung („die notwendigen Klarstellungen einbringen“) ist völlig unverbindlich und stellt keine Bedingungen.

Konsequent wäre es, wenn der Parteikonvent beschlösse: Eine Zustimmung im Ministerrat zu CETA darf es nur unter der Bedingung geben, dass vor dem Beschluss alle kritischen Einwände ausgeräumt wurden. Mindestens aber müsste der deutsche Vertreter im Ministerrat gegen eine vorläufige Anwendung von CETA stimmen, um die negativen Folgen des Vertrages zu verhindern.

Das Vorgehen der SPD-Spitze ist vergleichbar mit einem Verbraucher, der einen Mobilfunkvertrag zu krachend schlechten Konditionen unterschreibt, weil er sich darauf verlässt, dass sein Telefonanbieter in Nachverhandlungen schon noch zu Verbesserungen zu bewegen sein wird.